

Der Zentral-Arbeiter

Schiffleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Köpenickerstr. 1006, 1078 und 1202. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Textilprogras Berlin

Bereinzelt seid ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin D 27
Magasinstraße 6/7 II (Postcheckkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. Grundpreis monatlich 2 Mk. mal Einschließgebühr.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Ausbruch. — Zum Kampf um den Achtsundentag. — Zur Wirtschaftslage. — Die Kommunisten im tschechoslowakischen Textilarbeiterverband. — Zum Kampf über die Erhaltung der achtstündigen Arbeitszeit in der Textilindustrie in Westfalen. — Das „Schwebende“ Ausschlußverfahren. — Anzeigen.

Ausbruch!

Die Pessimisten in der Arbeiterschaft sagen, das Zwielicht unserer Gegenwart sei sinkender Tag, sei Dämmerung. Schwärzeste Nacht werde folgen. Die Optimisten lachen der düsteren Gegenwartsangst ins knochige Gesicht. Sie richten ihre Augen voll robusten Daßenswillens auf den kommenden Tag. Der Optimist ist das Zwielicht nicht Dämmerung, sondern Morgengrauen nach überwundener Finsternis, Merkmal nicht des Abstiegs, sondern frohes Signal wieder nahender Morgenmöglichkeiten. Die Pessimisten glauben den Gipfelpunkt des Verfalls der Arbeitermacht noch vor sich, die Optimisten sehen ihn hinter sich. Die Pessimisten sind geübt, müde-ergeben die Hände zu ringen, die Optimisten regen die Hirne und reden die Glieder, gewärtig des Augenblicks, wo die Schatten der Woge wieder gleichstehen und ein einziges Quentchen mehr in der Schale der proletarischen Gewichte die Schale der kapitalistischen Despotie mit eherner Gewalt in die Höhe zieht.

Ein vom Verstand geleiteter und von Erfahrung getragener gesunder Optimismus ist stählerne Rüstung für die Kämpfe unserer Klasse. Feindliche Riesengewalten haben schmetternde Schläge gegen diese Rüstung geführt. Diese Schläge werden in den nächsten Wochen und Monaten mit schütternder Kraft fortgesetzt werden. Eine neue Periode zermalmenden Zusammenpralls zwischen deutscher Arbeit und deutschem Kapital hebt an. In wirtschaftlichen und politischen Formen werden sich diese Kämpfe entwickeln. Zerbrochen werden sollen die wirtschaftlichen Positionen der Arbeitermassen, zertrümmert die Gewerkschaften, zerprengt der Rahmen und das Fundament der jungen demokratischen Staatsordnung. Die Aufrichtung einer festesten kapitalistischen Autokratie über die Proleten und die politische Knechtung der Habenichtse ist das Ziel der politischen Rückwärtserei, die heute in schwefelgelber Atmosphäre sich tummelt. Wir schreiben zu Wahlen von unerhörter Bedeutung.

Der alte Reichstag verströmt sein krisengeschütteltes Dasein. Dumpf hallt der Aufmarsch der Parteien zur Wahl des neuen in die Stille einer fast beklemmenden Erwartung. Der Ausgang dieses politischen Waffenganges wird die Zukunft Deutschlands und das Schicksal der deutschen Arbeiter nachdrücklich beeinflussen. Perspektiven von ungeheurer Größe tun sich auf. Ein Wahlsieg der nichtsozialistischen Parteien legitimiert und beschleunigt den reaktionären Umschmelzprozeß, der das Merkmal der deutschen Politik der letzten vier Jahre war. Ein Triumph des Bürgertums schafft auch für die nächsten Jahre die Basis zu einer antisozialistischen Wirtschaftsaufbau, gibt dem Krieg gegen die wirtschaftlichen Lebensrechte der Arbeiter neue, gemaltige Antriebe, legt noch mehr Stachelndrähte gegen eine gerechte Steuerpolitik um das goldene Kalb, wird die schwere Last der Reparationserschuldungen ungenierter und strupfloser als je auf die schmalsten Schultern legen und ein breites Bett allen jenen unsozialen Strömungen graben, in denen heute schon die Leichen der Schwächsten unter den Schaffenden treiben.

Ein Sieg der Rechten müßte die politische Lage überaus gefährlich gestalten. Dieser Sieg wäre ein Kammstoß gegen die schwachen Kräfte unserer jehigen politischen Rechte und würde die wirtschaftliche Zurückdrängung der schaffenden Massen mit der politischen Entwaffnung krönen. Die Deutschnationalen mit ihrem wesensgleichen deutschpöhlischen Nach- oder Vortrab würden voll Rührung über diese „Wendung durch Gottes Fügung“ der deutschen Arbeiterklasse liebedoll jene wirgende Halskrause umlegen, die jetzt in Rahr-Bapern das Recht strauquiert. Bringt die nächste Reichstagswahl eine unter deutschnationaler Synthese erklarende verstärkte Mehrheit der bürgerlichen Partei, dann wird die Republik — wenn ihr überhaupt das Leben bleibt — reduziert auf ein neues Gefäß voll alter reaktionärer und unsozialer Sauche, bleibt sie beschränkt auf eine neue staatliche Form, die alles konservative Wesen umschließt. Mehr noch: verstärkter nationalstischer Einfluß schlägt mit Keulen auf die mühsam angepöhlten dünnen Fäden der Verständigung zwischen Deutschland und der Welt. Einem Beio der Wähler für die rechtsabitalen Parteien würde der Blutgeruch neuer kriegerischer Erzeße anhaften. Zweifelst jemand daran, daß ein nationalistischer Wahlsieg in Deutschland die Mutter eines Nationalistenregimes bei den dichtauf folgenden französischen Wahlen werden müßte?

Die deutschen Gewerkschaften sind an allen diesen Dingen aufs stärkste interessiert. Die zerschenden Kräfte einer stillen Gegenrevolution haben Jahre hindurch auch am Bau der Gewerkschaften gerüttelt. In dem Augenblick, da der politische Vormarsch der deutschen Sozialisten zum Stillstand kam, setzte der Rückzug der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete ein. Und dieser wirtschaftliche Kräfteverfall wiederum rief — wie eng verknüpft sind politische und wirtschaftliche Geschehnisse! — verschärfte politische Reaktion auf den Plan. So begann denn jene gemaltige Tragödie die sich abzuspielen, in deren Verlauf die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter furchtbare Stöße erhielten und zeitweise der Ohnmacht nahegebracht wurden. Der kapitalistische Widerstand gegen gemeinnützige sozialistische Gestaltung von Produktion und Wirtschaft hinderte das Freiwerden neuer Kraftquellen in der Trümmerwüste der Nachkriegszeit. Dies im Zusammenhang mit Reparationskrisen, Steuererhöhung und Kapitalflucht machte die deutsche Währung schwindföchtig. Der Markverfall zertrümmerte die wirtschaftlichen Daseinsbedingungen nicht nur des am Lohn arbeitenden Einzelindividuum, sondern auch aller Schöpfungen der gewerkschaftlich und sozialistisch organisierten Bevölkerungsschichten. Im gleichen Ausmaße, wie bei uns der Kräfteverfall zunahm, wuchs der Druck, die Annäherung, die Anaristkraft der Feinde. Sie fanden unschätzbare Hilfe im proletarischen Lager. Im Klassenkampf unaeschulte, primitiv denkende Arbeiter suchten die Ursache der schwindenden Kampfkraft ihrer Organisationen nicht in den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen der Nachkriegszeit, sondern in der „Unfähigkeit, Feigheit und Verräterei der Führer“. Gewissen- und verantwortungslos kommunistische Agitation setzte mit Wollust hier an. Unter Anwendung aller Mittel — aller, auch der bewußten Unwahrheit und der systematischen Täuschung des eigenen blinden Anbongas — veruchte die kommunistische Leitung, zwischen Massen und Führung im Proletariat einen hohen Wall des Mißverstehens, des Mißtrauens, ja des Hasses zu türmen. Der traurige Erfolg blieb nicht aus: An der Wurzel der geschwächten proletarischen Kraft fraß bald ein neuer Wurm. Der Leiter eines deutschen Großbetriebes kennzeichnete dieser Tage in der „Frankfurter Zeitung“ den nun geschaffenen Zustand mit diesen Worten: „Die innerhalb der Arbeiterschaft zwischen Gewürten und den Führern ausgebrochene Vertrauenskrise ist von allen Notstandserscheinungen der Arbeiterschaft vielleicht die aller schlimmste.“

Zur Abwehr dieser „aller schlimmsten Notstandserscheinungen“ müssen die Gewerkschaften mit allen ihren Kräften versuchen, dem anhebenden Ringen um die Zusammensetzung der höchsten gesetzgebenden Körperschaft einen guten Ausgang zu geben. Denn ein günstiges Wahlergebnis bessert die Aussichten, die Quellen des Verfalls und der Zerlegung zu verstopfen und der Demoralisierung der proletarischen Front Einhalt zu tun. Die dauernde Festigung der Währung durch eine kühne Steuerpolitik, die Ordnung der außenpolitischen Verhältnisse durch Bändigung der schwarzweißroten Revanche-Hohlköpfe, die Abwehr der Rückwärtserei auf arbeitsrechtlichem, juristischem, sozialpolitischem und politischem Gebiete — das sind, um nur Beispiele zu nennen, Aufgaben, deren glückliche Lösung für die Gewerkschaften von hochgradiger Bedeutung ist. Jeder Erfolg in dieser Richtung stärkt unsere Organisationen nach innen und außen. Die heilsamen Wirkungen der nur provisorischen Währungsstabilisierung auf die gesamte Arbeiterbewegung sind bekannt. Die Rentenmark hat bei all ihren Unvollkommenheiten die Arbeiterorganisationen vor einer wahrscheinlichen Katastrophe bewahrt.

Die tatbereite und opferentschlossene Sympathie der Gewerkschaften und Gewerkschafter strömt der Sozialdemokratie zu, die zu einem furchtbar schweren Kampfe in die Rüstung steigt. Wir haben unsere Waffenbrüderschaft zur Vereinten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht von dem Nachweis abhängig zu machen, daß alle politischen Maßnahmen der Partei richtig und glücklich waren. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, pharisäerhaft die Sozialdemokratie deshalb einer schlechten Taktik zu zeihen, weil manches nicht so kam, wie wir und die SPD. es wünschten. Die Gewerkschaften sind aber auch nicht verantwortlich zu machen für alle Entscheidungen, zu denen sich die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie nach gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse mit den reinsten Absichten und in ernster Sorge um das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse entschloß. Klar erkennen wir die Tatsache, daß das Schicksal der freien Gewerkschaftsbewegung in Deutschland untöschlich verbunden ist mit dem Schicksal der sozialistischen Bewegung. Beide müssen zusammenstehen und dürfen nie vergessen, daß das Mißgeschick des einen zum Unglück für den andern wird.

So wenig die Gewerkschaften Hilfe und Unterstützung oder auch nur Neutralität finden können bei der Rechten, so wenig können sie es bei den Kommunisten. Die Kommunisten haben in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nie etwas anderes gesehen als eine erstrebenswerte Position, von der aus die Beherrschung der deutschen Arbeiter zur Förderung der besonderen kommunistischen Parteiziele erleichtert werden kann. Nach der Beruhigung der Währung brauchen die Gewerkschaften zur Abwehr kapitalistischer Angriffe in erster Linie die Niederwerfung der kommunistischen Zerlegungsaaktionen in eigenen Reihen. Hart und unerbitlich stehen somit Notwendigkeiten vor uns: Wie gegen rechts, so muß die Gewerkschaft auch gegen die zerstörenden Gewalten von links Schläge führen. Es wäre herrlich, wenn das nicht nötig wäre. Aber es muß sein, wenn die deutsche Arbeiterbewegung nicht in Scherben gehen und in schmachtvoller Ohnmacht versinken soll. Die SPD. kann tolerant gegen jede politische Richtung sein: Im eben abgeschlossenen sächsischen Gemeindevahlkampf standen in mehr als einem Falle kommunistische und bürgerliche Kandidaten in halber Einheit auf einer gemeinsamen Liste gegen die Sozialdemokratie. Nur einer Partei gegenüber kennt die kommunistische Agitation keine Toleranz, gilt für sie kein Grundgesetz politischer Ehrlichkeit und persönlicher Anstands: Das ist die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie aber ist die einzige proletarische Partei, die auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht und den demokratischen Sozialismus erstrebt. Auf genau dem gleichen Boden steht die Gewerkschaftsbewegung, muß sie stehen, will sie nicht in Strudel wildwüster, wirkungsloser und sinnloser Diktaturversuche versinken. Somit ist auch für das beginnende Wählringen die geschlossene gewerkschaftlich-sozialdemokratische Front gegeben. Eine von gegenseitigem Vertrauen getragene und von brüderlicher Kampfeskameradschaft elektrifizierte Einheitsfront von ganz anderem Wesen als jene berüchtigte „Einheitsfront“, die von den Atemisierern der proletarischen Massenbewegung zur Kulisse eines verderblichen Treibens gemacht wird. —

Die Stunde des Ausbruchs rührt den Klöppel zu lösendem Schlag! Mit stählerner Entschlossenheit, alle Kraft und den letzten Hauch an Verteidigung und Sieg zu setzen, wollen wir dem feindlichen Anprall von rechts und links die Stirne bieten. Das Heer unserer Kampfesbrüder ist ohne Jagen durch hundert Wetter geschritten, hat Niederlagen ertragen und Siege errungen und hat im Auf und Nieder unserer stürmischen Zeit sich niemals dauernd vom rechten Kurs abdrängen lassen. Darum zagen unsere Millionen auch nicht vor neuer, unendlicher harter Schlacht. Von rechts tobt der Feind und von links speien Errende und Verrannte Feuer gegen die eigene Klasse. Wohl an, wir nehmen das Gefecht an, nichts soll ihnen geschenkt sein!

Und schlagst du mich auf die linke Wang',
Dann hau ich dir zwei auf die rechte.
So will ich's heißen immerdar
Im irdischen Gefechte!

Mit überquellenden Rassen werden die bürgerlichen Parteien uns zeigen wollen, was König Lammo vermag. Wir wollen ihnen zeigen, was Zulfafstglaube, was Opfermut und Idealismus, was Siegeswillen kann!

Ausbruch! Ausbruch! Gewerkschafter, in der Hand deutscher Geschickte schwanke wieder die Schalen der Wage!

Zum Kampf um den Achtsundentag.

Auf breiter Front hat nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten kapitalistischen Europa, der Kampf des Unternehmertums gegen den Achtsundentag begonnen. In Holland steht die Textilarbeiterchaft im offenen Kampf mit dem Unternehmertum. In der Schweiz wird am 17. Februar über die Aufhebung des Artikels 41 des schweizerischen Fabrikgesetzes, durch welches der Achtsundentag gesetzlich festgelegt ist, und dessen Aufhebung das Unternehmertum verlangt, entschieden. In Frankreich ist der Achtsundentag ebenfalls gesetzlich festgelegt, trotzdem wird dort von der Arbeiterschaft eine längere Arbeitszeit gefordert. Der Ansturm des internationalen Unternehmertums auf die Beseitigung des Achtsundentages ist allgemein. Alle Unternehmer, welchem Lande sie auch angehören mögen, anz gleich, welche Industrie sie vertreten, sie haben alle das gleiche Streben, den Arbeitstag zu verlängern. Diese Gemeinamkeit der Auffassung des gesamten Unternehmertums — wenige Ausnahmen bestätigen nur die Regel — in der Arbeitszeitfrage beweist, daß dieses Streben der Unternehmer nicht ein Ergebnis wissenschaftlich-ökonomischer Erkenntnis ist, weil, ohne eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus, die Wirtschaftlichkeit und

Konkurrenzfähigkeit der Industrie und somit die Lebensfähigkeit eines Volkes in Frage gestellt sei, sondern sie verlangen grundföchtig, losgelöst von allen wissenschaftlichen und praktischen Produktionsergebnissen des achtstündigen Arbeitstages, die Verlängerung der Arbeitszeit. Jede Arbeitszeitverlängerung mußte deshalb in allen kapitalistischen Ländern gegen den Willen der Unternehmer seitens der Arbeiterschaft in schweren Wirtschaftskämpfen durchgeföhrt werden.

Für die Unternehmer aller Länder ist die Frage der Arbeitszeit eine Frage des Profits. Sie erblicken in der Verlängerung des Arbeitstages das geeignetste Mittel, den Arbeitslohn herabzudrücken und somit auf Kosten des Arbeitslohnes die Profite zu vergrößern. Das deutsche Unternehmertum will durch die Verlängerung des Arbeitstages der Arbeiterklasse alle aus dem verlorenen Krieg entstandenen Lasten aufhauen. Alle gelehrten Lüfteleien, mit denen in den letzten Jahren zum wer weiß wievielten Male bewiesen worden ist, daß das deutsche Volk sich aus diesem Elend nur retten kann durch einen zehn- oder zwölfstündigen Arbeitstag, sind nichts weiter als elendes Blendwerk, durch welches die wahren Absichten der Unternehmer verhüllt werden sollen. Es bleibt sich dabei ganz gleichgültig, ob Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften“ oder Dr. Tändler im „Arbeitgeber“ ihre gelehrihen Ergüsse niederlegen.

Wenn jemals für die Unternehmer der Textilindustrie wissenschaftliche oder praktische Ergebnisse für die Beurteilung der Arbeitszeitfrage maßgebend gewesen wären, dann müßten sie sich gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit wenden. Die Verlängerung der Arbeitszeit wird damit begründet, daß durch dieselbe die Konkurrenzfähigkeit der Industrie gestärkt würde. Nun zeigt sich aber in der Textilindustrie, daß gerade unter Anwendung des Achtsundentages die Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie sich wesentlich gehoben hat. Trotz aller Einfuhrschwiernisse, durch welche die Konkurrenzländer die deutschen Waren von ihrem Markte fernzuhalten versuchen, ist es der deutschen Textilindustrie gelungen, im Laufe des letzten Jahres ihre Ausfuhr der Menge nach ganz wesentlich zu steigern. Die Reichsstatistik über den deutschen Textilaußenhandel weist aus, daß die Ausfuhr an Fertigfabrikaten im Textilaußenhandel mengenmäßig die Ausfuhrziffern der Vorkriegszeit in den letzten Monaten des Jahres 1923 erreicht hat. 1923 sind 15 088 000 Doppelzentner im Monatsdurchschnitt ausgeführt worden; währenddem im Oktober 1923 15 103 000 Doppelzentner und im November 13 677 000 Doppelzentner ausgeführt worden sind. Berücksichtigt muß noch werden, daß in den Zahlen von 1913 die Ausfuhr des elsässischen Textilgebietes mit enthalten ist, währenddem in den Ziffern von 1923 Elfaß, da dies durch den Krieg verloren ging, fehlt, sowie auch das besetzte Gebiet, welches auch eine starke Textilindustrie hat. Hierdurch wird die Ausfuhrziffer von 1923 noch viel höher zu bewerten sein. Dieses Außenhandlungsergebnis ist erreicht worden unter einem ungeheuren Betriebsverlust in der Textilindustrie. Nur ein kleiner Teil der Maschinen sind im Betrieb gewesen und die Arbeitszeit hat weit weniger als acht Stunden pro Tag im Jahre 1923 betragen. Diese Tatsachen lassen doch nicht etwa den Schluß aufkommen, als sei die deutsche Textilindustrie nicht konkurrenzfähig. Sie beweisen ferner, daß keine wirtschaftliche Notwendigkeit vorliegt, die eine Verlängerung des Arbeitstages erfordert.

Die Betriebe der Textilindustrie hätten weit wirtschaftlicher ausgenutzt werden können, wenn nicht durch die niedrige Entlohnung der deutschen Arbeiterschaft der Innenmarkt vollkommen zerstört worden wäre. Sobald der Innenmarkt wieder ins Gleichgewicht gebracht worden ist, wird sich die Produktion heben und durch volle Ausnutzung der Betriebe wird die Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie noch weiter erstarken.

Auf den Absatz in den ausländischen Märkten beruhte die gesamte Produktion der letzten Monate. Die deutsche Textilindustrie ist aber nur lebensfähig, wenn sie neben dem Absatz im Außenhandel auch auf dem Innenmarkt in größerem Ausmaße für ihre Erzeugnisse Absatz findet. Nur wenn Innenmarkt und Außenhandel sich entsprechend ergänzen, wird eine Gesundung der Textilwirtschaft möglich sein. Die deutsche Textilindustrie läßt sich überhaupt ohne größeren Innenabsatz nicht denken. Sie würde zugrunde gehen müssen, wenn es ein Dauerzustand werden sollte und sie nur, wie dies im letzten Halbjahre der Fall war, lediglich für den Außenhandel arbeitete. Ohne genügenden Innenabsatz frist der Leerlauf der Betriebe jedes Produktionsergebnis auf. Der Innenabsatz bildet für die Textilindustrie das Rückgrat des Warenhandels und der Warenproduktion überhaupt.

Die Einfuhr ist beinahe auf ein Drittel der durchschnittlichen Monateinfuhr von 1913 im Monat Oktober 1923 herabgefallen. Die gesamte Einfuhr und Ausfuhr des Textilaußenhandels läßt deutlich erkennen, daß diese niedrige Einfuhr an Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten lediglich eine Folge des Verfallens des Innenmarktes ist. Mit einer Verlängerung der Arbeitszeit ist deshalb der Textilindustrie nicht gedient, sondern durch Maßnahmen, die eine Hebung des Innenabfahes zur Folge haben. Die niedrigen Arbeitslöhne, die in Deutschland gezahlt werden, sind leider das stärkste Hindernis für eine Gesundung des Innenmarktes. Die Unternehmer sind es selbst, die durch eine verkehrte Lohnpolitik den Innenmarkt verkrümmern lassen, namentlich die Textilindustriellen. Die Textilindustriellen vernichten durch ihre eigene Lohnpolitik jede Wendung zum Besseren.

So wird uns z. B. über die Entlohnung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen aus Schlefien berichtet: „Sehr schlimm ist die Sachlage in Leobschütz. Dort arbeitet bereits die Firma Seltmann neun Stunden und bei der Firma Merur wird sogar zehn Stunden gearbeitet. Infolge des in letzter Zeit geradezu miserablen Geschäftsganges hat man die Frauenlöhne (es sind meist Frauen beschäftigt) gewaltig heruntergedrückt. Der Spitzenlohn für über 22 Jahre alte Frauen beträgt 10 Pfennig und für 18 bis 22 Jahre alte 7 Pfennig und unter 18 Jahre werden 5 1/2 Pfennig pro Stunde bezahlt.“

Will jemand behaupten, daß diese Unternehmer, welche die Ausbeutung der Arbeiterschaft in einer so unerhörten Weise auf die Spitze treiben, auch nur einen Funken Verantwortungsgesühl gegenüber Staat und Gesellschaft aufbringen? Dieses sind die modernen Wegelagerer, die ihre Mitmenschen ausziehen und sie letzten Endes im Elend hilflos sitzen lassen. Dies ist aber so der richtige Unternehmertyp, der im angeblichen „volkswirtschaftlichen Interesse“ am lautesten nach der Verlängerung der Arbeitszeit schreit.

Im Heft 3 und 4 „Die Wirtschaftskurve“ der „Frankf. Sta.“ wird u. a. der Anteil der Löhne am Preise des Produkts nach den Ergebnissen eines Preisausschreibens besprochen. Nach diesen Ermittlungen wird der Lohnanteil für ein Kilo Garn 1914 auf 10,6 Pfennig, der Lohnanteil und Gehälter zusammen auf 12 Pfennig, der Verkaufspreis auf 181 Pfennig bemessen. Die Löhne und Gehälter betragen somit 6,6 Proz. Dieser prozentuale Anteil ist in der Zeit vom 1. bis 20. Oktober 1923 auf 1,6 Proz. herabgefallen. In der Baum-

wollwoberei betrug der Prozentsatz der Löhne und Gehälter am Produkt 1914 12,6 Proz. und vom 1. bis 20. Oktober 1923 nur noch 3,2 Proz. Dieses Verhältnis hat sich auch nach Befestigung der Inflation nicht geändert. Es liegt aber die Möglichkeit nahe, daß der Lohnanteil immer noch um einiges gesunken ist, währenddem der Warenpreis seit Oktober 1923 um ungefähr 20 Proz. und der Baumwollpreis um 15 Proz. gestiegen, ist der Lohn um 19,3 Proz. gefallen. Wir führen diese Beispiele an, um zu zeigen, wie gering der Lohnanteil am Fertigprodukt ist. Eine einigermaßen vernünftige Lohnpolitik, die darauf gerichtet wäre, die breiten Verkaufsmassen konsumfähig zu gestalten, könnte Wunder wirken innerhalb unserer gesamten Wirtschaft.

Eine Verlängerung der Arbeitszeit wird zur Folge haben, daß jeder Fortschritt auf technischem Gebiet unterbunden wird. Die deutsche Textilindustrie ist seit 1914 gegenüber den großen Konkurrenzstaaten technisch und maschinell merklich ins Hintertreffen geraten. Die untsichere Wirtschaftslage Deutschlands hat wohl die Kapitalflucht in jeder Weise begünstigt, für die Verbesserung der Betriebe, um sie konkurrenzfähiger zu gestalten, ist so gut wie nichts geschehen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus, wird diesen Zustand zum Nachteil der deutschen Wirtschaft und namentlich der Textilwirtschaft begünstigen.

Die Arbeitszeitverkürzung war ein mächtiger Hebel des industriemachinellen Fortschritts. Dies sollten sich alle diejenigen merken, die fortgesetzt für eine Arbeitszeitverlängerung wirken. Die Arbeitszeitverkürzung war der Hebel für den ungeahnten Aufstieg der englischen Industrie im vorigen Jahrhundert. Die deutschen Industriellen glauben, in entgegengekehrter Richtung dieser wirtschaftlichen Erfahrung handeln zu müssen, um der Wirtschaft angeblich zu dienen. Die Saat der Industriellen wird eine böse Ernte geben.

Die Textilarbeiterschaft steht bereits im Osten und Westen in schweren Abwehrkämpfen, um sich den achtstündigen Arbeitstag auch fernerhin zu erhalten. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse mit Leib und Seele am Achtstundentag hängt. Durch die gegenwärtigen Kämpfe geht bereits der Erfolg einer Verlängerung der Arbeitszeit vielleicht auf Jahre hinaus verloren. Sollten die Unternehmer in diesen Kämpfen siegen, dann werden sie an ihrem Sieg niemals Freude erleben. Die Arbeiterklasse wird mißmutig in Zukunft an ihren Arbeitsplatz gehen, widerwillig werden sie schließlich die längere Arbeitszeit vorübergehend auf sich nehmen. Die Arbeitsleistungen werden herabsinken zum Schaden der allgemeinen Volkswirtschaft. Darüber sollten sich auch die Unternehmer im Klaren sein, daß die gegenwärtige Schwäche der Gewerkschaften bald vorübergegangen sein wird, daß die Gewerkschaften wieder mit erneuter Kraft die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen können. Dann wird wieder das Ringen einsetzen um die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Bemühungen, die Kämpfe werden dann nicht aufhören zum Nachteil der Industrie. Die Unternehmer scheinen dies zu wollen. Da kann nichts anderes helfen als die rauhe Wirklichkeit.

Zur Wirtschaftslage.

Mehr als einmal erhob sich in den Zeiten der furchtbaren Marktentwertung das Verlangen, eine Währungsstabilisierung durchzuführen. Diejenigen, welche diese Forderung aufstellten, betonten, daß dieses Ziel zu erreichen sei, wenn der Staatshaushalt in Ordnung gebracht werde. Allerdings ließen sie keinen Zweifel darüber, daß der Staatshaushalt nur mit Hilfe einer starken, zupackenden Besteuerung des Besitzes ausgeglichen werden könne. Die Sachverhaltung wurde für notwendig gehalten; außerdem wurde auf das Empörende der Tatsache hingewiesen, daß die englischen Besitztümer einen Gesamtvermögen von etwa 455 Millionen Pfund Sterling abwürfen, während dagegen aus der Tasche des deutschen Besitzes nur 12,6 Millionen Pfund Sterling auf dem Steuerwege dem Staate zugute kämen. Man deutete auf die Schwerindustrie hin, die sich während der Staat und die breiten Massen mehr und mehr verarmten, unfähig bereicherten; insbesondere fiel Hugo Stinnes ins Auge, der nicht bloß deutsche Wälder, Zeitungen, Betriebe, Schiffahrtsunternehmungen, Erzgruben aufkaufte, sondern sich auch in allen Ecken und Enden der Welt Eigentum erwarb. Man fragte sich, ob es der Markt nicht zum Vorteil gereichen würde, wenn die Schwerindustrie zu schweren Steuerleistungen herangezogen werden könnte.

Die Schwerindustrie wehrte sich gegen die Gefahr, die ihrem Geldsack drohte. Ihr nachdrücklichster Wortführer war dabei — wie stets — wiederum Stinnes. Er erklärte: Ach ja, um des Vaterlandes willen würden wir gerne Opfer bringen, wenn wir wüßten, daß diese Opfer sich lohnen würden. Das aber wäre nicht der Fall. Selbst wenn die Schwerindustrie einen großen Teil ihres Betriebskapitals hingäbe, so wäre damit weder dem Staate, noch der Währung geholfen. Es seien verschiedene Voraussetzungen, um eine Währungsstabilisierung in Gang zu bringen. Da sind einmal die Reparationsleistungen, die der deutschen Volkswirtschaft das Blut abzupfen. Dann übt ferner der Achtstundentag seine währungsvernichtende Wirkung und schließlich — und das ist das schlimmste — ist unsere Handelsbilanz passiv. Wir führen mehr aus als ein. Statt daß wir auf Grund unserer Produktion am Ausland verdienen, sind wir ans Ausland verschuldet. Solange die Handelsbilanz passiv ist, wäre es Utopie, an eine Währungsstabilisierung zu denken.

So etwa sagte Stinnes. Und hefferrich, der „Fachmann“ und „Finanzfachkundige“, hatte ein verwirrendes Zahlenmaterial zurechtgelegt, mit dem die Passivität der Handelsbilanz erwiesen werden sollte.

Die deutsche Öffentlichkeit, der deutsche Reichstag, die deutsche Reichsregierung gaben sich zufrieden. Wozu eintägliche Besitztümer, wenn sie doch nichts nützen? Die finanzielle Uderwirtschaft nahm ihren Fortgang; es gab Zeiten, in denen die staatlichen Ausgaben nicht einmal mit 1 Proz. durch die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Gebühren gedeckt waren.

Es kam der Augenblick, in dem die Reparationszahlungen nahezu vollständig aufhörten und der Achtstundentag vielfach schon durchlöchert war. Trotzdem sank die Mark in täglich rasender werdendem Tempo in den Abgrund. Die Schwerindustrie sagte: Ja, die passive Handelsbilanz! Die Reichsregierung schwieg und das Statistische Reichsamt verzichtete darauf, dem deutschen Staatsbürger durch Veröffentlichung von Ausweisen einen Einblick in den „erschreckenden Grab“ dieser alles verschuldenden Passivität zu gewähren.

Es gab zwar viele Männer, die in jene behauptete Passivität Zweifel setzten. 1922 wurde sie bereits in sehr unhöflicher Form von dem englischen Wirtschaftler Keynes bestritten. Die deutsche Presse war damals dergestalt betreten, daß sie das Gutachten des Herrn Keynes diskret unterschlug.

Im Frühjahr 1923 legte der Berliner Stadtrat Herten dar, daß es ein Unding sei, von der Passivität der deutschen Handelsbilanz zu sprechen. Die Einfuhr sei gering infolge der geschwächten Kaufkraft der deutschen Bevölkerung, hingegen blühe der Export. Gerade der ständige Marktzug verbrachte uns günstige Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt.

Niemand schenkte diesen Darlegungen Aufmerksamkeit. Vor allem stellte sich die Reichsregierung taub und stumm. Die „passive Handelsbilanz“ blieb nach wie vor Sündenbock für die grauenvolle Verelendung, in die das Volk durch die Marktentwertung gestürzt wurde.

Vor einigen Wochen entschlossen sich die Weltmächte, eine internationale Sachverständigenkommission zusammenzutreten zu lassen, die die Aufgabe hat, die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage zu prüfen. Ueberraschenderweise fand plötzlich das Statistische Reichsamt wieder die Sprache. Es wurde ein Ausweis über die Handelsbilanz im Oktober 1923 veröffentlicht, in dem zugegeben war, daß die deutsche Handelsbilanz — aktiv war. Aktiv mit 129 Millionen Goldmark! Diese Aktivität hielt noch im November an; sie betrug da etwa 79 Millionen. Es scheint, als ob die Sorge vor der Sachverständigenkommission, der in Anbetracht ihrer hochwertigen Zusammensetzung

kein blauer Dunst vorzumachen ist, die deutsche Reichsregierung ernüchert hätte, sich gegen sonstige Gemohnheit in Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit zu versuchen. Jedenfalls: die Handelsbilanz war im Oktober und November 1923 aktiv. Es dürfte feststehen, daß sie es schon seit mindestens 1920 ist. Nun ergibt sich das Ungeheuerliche, daß der Nachfertigungsgrund, auf den man sich berief, als nun die Rentenpreise laufen ließ, den Besitz von neuem verschonte, das Volk in abgrundtiefes Elend stieß, in Nichts zerfiel. Es bestand niemals ein zwingender sachlicher Grund für unsere deutsche Inflationsnot. Sie war willkürlich von der Schwerindustrie unter Mißhilfe und Duldung von Reichsbank, Reichsregierung und bürgerlichen Reichstagsparteien über das deutsche Volk heraufbeschworen worden. Sie war kein unentrichtbares Unglück, kein ausgeglichenes Schicksal gewesen, sondern ein bewußt angezettetes, planmäßig durchgeführtes, freilich bisher ungeführtes Verbrechen.

Seit 1920 waren die Voraussetzungen für eine Währungsstabilisierung vorhanden gewesen. Es hätte dazu nur einer gerechten Besteuerung des Besitzes bedurft.

Was bei zulänglicher Besteuerung zu erreichen gewesen wäre, das zeigen die letzten Ausweise über die Reichseinnahmen. Jetzt, nachdem eine leidliche Wertbeständigkeit der Rentenmark eingetreten ist, ergibt sich: im Dezember 1923 kamen die Reichseinnahmen auf Grund der Ausparnung der Steuerkraft nahe an die Reichsausgaben heran; die Steuerleistung erreichte die Summe von 312 Goldmillionen Mark. Sofort änderte sich im Gesamtbild des Steueraufkommens das Gewicht der Lohnsteuer; hatte sie zur Inflationszeit den höchsten Ertrag gebracht, so sank ihre Bedeutung jetzt — wie es normalen Verhältnissen entspricht — gegenüber der Bedeutung der übrigen Steuern ganz erheblich. In der ersten Januar-Dezade schon wurde ein Ueberschuß von 36 Goldmillionen erzielt.

Die übrigen Staaten erlebten im Verlaufe ihrer Währungsbesse- rung mehr oder weniger bestige „Gesundungskrisen“. Abfahrladungen riefen drückende Arbeitslosigkeit hervor. Auch wir stehen inmitten einer Krise, die Merkmale einer „Gesundungskrise“ trägt, ohne daß damit gesagt sein will, wir stünden bereits inmitten des entscheidenden Gesundungsprozesses. Wenn aber unsere gegenwärtige Krise nicht noch weit härtere Formen annahm, als sie tatsächlich aufweist, so hängt das damit zusammen, daß unsere Industrie ganz außerordentlich billig produziert. Die Verlängerung der Arbeitszeit und die aufreißend niedrigen Löhne haben den Lohnfaktor innerhalb der Produktionskosten auf eine Stufe der Geringfügigkeit hinabgedrückt, zu der der Lohnfaktor keiner ausländischen Industrie hinabdrückt. So wird unsere Konkurrenzfähigkeit vor allem auf Kosten der Arbeiterschaft aufrechterhalten. Das trifft insbesondere für unsere Textilindustrie zu. Damit hängt es zusammen, daß sich die Produktion wieder beleben konnte. Der Beschäftigungsgrad in der Baumwollindustrie und der Wolllindustrie hat sich in den letzten Wochen durchweg gebessert. Dasselbe gilt für die Seiden-, Seinen-, Webereidustrie und die Bandwebereien. Der Beschäftigungsgrad würde sich noch weiter heben, wenn nicht infolge der Inflationsauspflünderung die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes allzu sehr beeinträchtigt wäre. Unübertreffliche wirtschaftliche Kurzsichtigkeit verrät in dieser Hinsicht der „Lohnabbauerlaß“ des Finanzministeriums.

Freilich dürfen wir bei aller Besserung nicht vergessen: es sind Kräfte am Werk, die neues Unheil über Deutschland heraufbeschwören wollen. Die Rentenbank „warnt“ vor der Bezahlung der Besatzungswahlkosten. Die Rentenbank „warnt“ vor der Bezahlung der Besatzungskosten; die Regierung spielt mit dem Gedanken selbstherrlich die Erfüllungspflichten von sich zu weisen. Trotz des Ruhmehauches gelüftet es unsere Politiker nach neuen Bahnmöglichkeiten. Es genügt ihnen noch nicht, zu sehen, daß die geplante Goldnotenbank im Grunde nichts anderes bedeutet als eine verschleierte ausländische Finanzkontrolle.

Die Kommunisten im tschechoslowakischen Textilarbeiterverband.

Welches Ergebnis die Tätigkeit der Kommunisten in der Union der tschechoslowakischen Arbeiter gezeigt hat, darüber berichtet uns der Kollege Johann Strich von der Union der Textilarbeiter für das tschechoslowakische Staatsgebiet. Er schreibt: „Was die Zertrümmerung der Organisation durch die Kommunisten betrifft, so kann man beim Lesen des Beitrags und des Artikels „Die Verlegenheit“ konstatieren, daß die Helfershelfer des Kapitals in allen Staaten und Ländern sich derselben Mittel und Methoden zur Zerstückelung der Organisationen bedienen.“

Dieselben Mittel hat man auch bei uns in der Tschechoslowakei bei der Zerstückelung der Organisation der „Union der Textilarbeiter“ angewendet, die vor der Spaltung so gut ausgebaut war und fast alle beschäftigten Arbeiter erfaßte. Speziell in Reichenberg sowie in Nordböhmen, dem Sitz der von Russland aus subventionierten Führer der Bolschewisten, tobte dieser Kampf am heftigsten. Statt sachlicher Arbeit in den Versammlungen Beschimpfung und Bejudeelung der Angestellten und Funktionäre der Organisation in der niedrigsten Art und Weise. Aufforderung der Mitglieder zur Beitragsperre gegenüber ihrem Verband. Als die Verbandsleitung Gegenmaßnahmen ergriff und einige gegen die Statuten handelnde Mitglieder aus der Organisation ausschloß, verlangten sie die Wiederaufnahme dieser ausgeschlossenen Mitglieder und die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages.

Der Fagat der ganzen Aktion in der Tschechoslowakei besteht darin, daß sie wohl die Gewerkschaftsorganisationen gespalten haben, daß die Kommunisten eigene Gewerkschaften besetzen, die gezwungen sind, ein kümmerliches Dasein zu führen. Aus der Revolutionierung der Arbeiterklasse ist jedoch noch nichts geworden. Das Gegenteil ist eingetreten, die Arbeiter sind in den von den Kommunisten durchsuchten Gebieten zur Aktionsunfähigkeit verurteilt. Der größte Feind der Massenbewussten Arbeiterklasse, der Indifferentismus, breitet sich in diesen Gebieten immer mehr aus. Die gelben und christlichen Organisationen, die zur Zeit der geschlossenen Organisation keinerlei Fuß fassen konnten, haben nun ebenfalls die Möglichkeit, sich widerstandlos festsetzen zu können. Das größte Verbrechen der Bolschewisten bestand jedoch darin, daß durch die Beschimpfungen der bewährten Führer und Funktionäre der Gewerkschaften die Arbeiterklasse gegen alles mißtrauisch geworden ist und das Vertrauen zur Führung der Arbeiterklasse verloren hat.

Die diffide Spaltung der Partei und Gewerkschaft hat kein anderes Resultat gezeitigt, als daß die Reaktion immer stärker wird, die Macht des Kapitalismus unumkehrbarer herrschen kann als je, und die durch die Revolution erkämpften Rechte verloren gingen. Wir sprechen die berechtigte Hoffnung aus, daß mit dem Erscheinen des Verbandsorgans unserer reichsdeutschen Kollegen dieses als ein gutes Omen bezeichnet werden kann und die deutschen Textilarbeiter als erprobte Klassenkämpfer das Treiben und die Ziele der Kommunisten durchschauen, der Zerstückelung ihrer gut ausgebauten und so manchen Kampf durchgemachten Organisation den größten Widerstand entgegensetzen im Interesse nicht bloß der reichsdeutschen Textilarbeiter, sondern im Gesamtinteresse der Arbeiterklasse.

Zum Kampf über die Erhaltung der achtstündigen Arbeitszeit in der Textilindustrie in Westsachsen.

Am Mittwoch, den 23. Januar 1924, fanden in Chemnitz Verhandlungen über die Erneuerung eines Mantelarifes statt. Von Arbeitgeberseite war ein Mantelarifvertragsentwurf vorgelegt worden, der neben einer Reihe anderer Verschlechterungen der bisherigen Bestimmungen die Kardinalforderung der 58-Stunden-Woche gegenüber der bisher 46stündigen Arbeitswoche vorschlug. Zur Begründung

der Forderung wurde in endlos langen Reden durch die Vertreter der Arbeitgeber gefagt, daß zur Gesundung der Volkswirtschaft (?) und zur Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt unbedingt eine Erhöhung der Produktionsleistung erforderlich sei. Diese könne aber nur herbeigeführt werden durch eine wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit. Von Arbeitnehmerseite wurde sehr eingehend dargelegt, daß eine Erhöhung der Produktionsleistung sehr wohl herbeigeführt werden könne, ohne die Arbeitszeit zu verlängern, und zwar in der Haupt- sache durch technische Neuerungen im Betriebe und Verbesserungen der Arbeitsmethoden. Über alle Anträge oder Vorschläge der Vertreter der Arbeitnehmer wurden einfach in den Wind geschlagen.

Die Vertreter der Arbeitnehmer machten ferner darauf aufmerksam, daß in der deutschen Textilindustrie zirka zwei Drittel der Beschäftigten Frauen und Mädchen seien. Diesen könne nicht zugemutet werden, einschließlich der Pausen 12 Stunden an die Betriebe gefesselt zu sein, den Weg von und zur Arbeit mitzugeschleppt. Von einer häuslichen Gemeinschaft könne nicht mehr die Rede sein, wenn die Frau 14 Stunden und länger vom Hause ferngehalten werde. Ferner habe die Frau neben der Arbeit im Betriebe noch für die Aufrechterhaltung der Hauswirtschaft zu sorgen. Das muß zu einer schweren Gefährdung der Gesundheit der Frau und der Nachkommenschaft führen.

Die Unternehmer zeigten aber für solche Nöte der Frauen keinerlei Verständnis. Nach vierstündiger Verhandlung gaben die Unternehmer nachstehende Erklärung ab:

1. Die Grundlage der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit ausschließlich aller Pausen bilden 48 Stunden.
2. Auf Anordnung der Betriebsleitung sind die Arbeitnehmer verpflichtet, eine wöchentliche Mehrarbeit von 6 Stunden zu leisten.
3. Darüber hinaus sind nach Anhörung der gesetzlichen Arbeitervertretung die Arbeitnehmer gehalten, weitere 4 Stunden Mehrarbeit wöchentlich auszuführen.
4. Ueberstundenzuschläge werden für die so verlängerte Arbeitszeit nicht gezahlt.

Diese Umkehrung der Forderung der Unternehmer auf die 58stündige Arbeitswoche, die abgedruckt ist mit einer völligen Rechtflosmachung der Arbeiter, löste gerechte Empörung der Arbeitnehmervertreter aus.

Da zudem bekannt wurde, daß die Unternehmer in allen Betrieben diese vorstehende Erklärung zum Ausnahms bringen würden, mit dem Bemerkten, daß, wer sich dem nicht füge, als entlassen zu betrachten sei, war kein Boden mehr vorhanden, auf Grund freier Vereinbarung zu einem Ergebnis zu kommen. Die Unternehmer machten sich keine Strupel darüber, ob ihr Unterfangen in sittlicher oder moralischer Beziehung einwandfrei ist.

Die Unternehmer wollen zweifellos den Kampf. Wir befinden uns in der Abwehr! Für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der deutschen Textilindustrie wird es zur Selbstverständlichkeit, daß sie noch besser als bisher zusammenstehen: vor allem aber, daß sie nur den Anweisungen ihrer Organisation Folge leisten und sich nicht hinreißen lassen zu Unbesonnenheiten.

Deutscher Textilarbeiterverband.
Gauleitung Freistaat Sachsen.

Nachträglich wird uns noch mitgeteilt, daß die Unternehmer in einer ganzen Anzahl von Orten der Arbeiterklasse die Kündigung des Arbeitsverhältnisses zugestimmt hat. Dies bedeutet die Aussperrung der Textilarbeiter in größerem Umfang in Sachsen. Das berüchtigte Unternehmertum in Crimmitschau hat der Arbeiterklasse ebenfalls gefündigt.

Das „schwebende“ Ausschlußverfahren.

Das „Internationale Propagandakomitee der revolutionären Textilarbeiter“ veröffentlicht in seinem Mitteilungsblatt, dem „Roten Textilarbeiter“ Nr. 4, allerhand kuriose, von morgenländischer Phantasie der Verfasser zugehende Berichte. Diese Berichte, die die Wahrheit und Dichtung stark durcheinanderwürfeln, sind geeignet, den Dingen fernstehende Leser zu verwirren. So heißt es z. B. in dem Aufsatz: „Der Zentralvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes legt es auf die Spaltung an“, u. a., „daß gegen das wegen seiner oppositionellen Gesinnung den Hauptvorstandsangehörigen sehr unbequeme Hauptvorstandsmitglied Forstreuter ein Ausschlußverfahren schwebte, obgleich die Ortsverwaltung Berlin den „Möglichst begründeten Ausschlußantrag“ einstimmig abgelehnt habe. Weiter wird dann nach der Wahrheit zumider angeordnet, daß der Hauptvorstand das Ausschlußverfahren gegen Forstreuter in der Schwebe lasse, um diesen Kollegen „bis zum Centimeterleinsende“ kaltzustellen. So ungefähr wird der Fall Forstreuter dem Sinne nach im „Roten Textilarbeiter“ behandelt.

Tatsächlich aber liegt der „Fall“ Forstreuter doch ein wenig anders. Der Kollege Forstreuter ist in Wahrheit nur ein häußchen Unfähiger und dem Vorstand „wegen seiner oppositionellen Gesinnung“ durchaus nicht unbequem. Im Gegenteil: daß Forstreuter äußerst begriffstugig ist und von den wirtschaftlichen Zusammenhängen überhaupt nichts versteht, ist ihm schon lange verziehen, denn die mangelnde Erkenntnis der Dinge hat er ja nur mit vielen feinesgleichen gemeinsam. Uebrigens: Forstreuter war ja auch gar nicht in den Vorstand gewählt, um sich durch besondere Fähigkeiten und Kenntnisse hervorzutun. Seine Aufgabe war vielmehr, im Verbandsvorstand die kommunistischen Karolen zu vertreten. Das hat aber, bei der demütigen Wertung Unfähigkeit Forstreuers, niemanden wehe getan.

Wenn nun trotzdem das Ausschlußverfahren gegen Forstreuter beantragt worden ist, so aus folgenden Gründen: Forstreuter hat wiederholt die Verbandstagsbeschlüsse gütlich verlesen und gegen statutarische Bestimmungen verstoßen. Er hat außerdem die Verbandsangestellten fortgesetzt in niedrigster Weise beschimpft und vor allem gegen die besoldeten Vorstandsmitglieder Beschuldigungen erhoben, für die er niemals auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen vermochte. Durch das Ausschlußverfahren sollte Forstreuter die Möglichkeit gegeben werden, sich ob seines verbandschädigenden Treibens zu rechtfertigen und die unerhörten Anschuldigungen zu beweisen. Das von einem die höchste ehrenamtliche Funktion im Verband ausübenden Mitglied zu verlangen, ist doch wohl nur recht und billig.

Statt Forstreuter die Rechtfertigung zu ermöglichen, hat die völlig unter kommunistischem Einfluß stehende Berliner Ortsverwaltung den Ausschlußantrag ohne nähere Prüfung und unter Umgehung jeder Beweiserhebung kurzerhand abgelehnt. Damit hat die Ortsverwaltung ganz offensichtlich Partei ergriffen und ganz eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie entweder die Verbandsstatuten nicht beachten will oder daß sie glaubte, sich über die statutarischen Bestimmungen einfach hinwegsetzen zu können.

Gegen den Beschluß der Berliner Ortsverwaltung ist fahungs- gemäß b'im Vorstand Beschwerde erhoben worden und hat daraufhin der Gesamtvorstand das weitere in dieser Angelegenheit veranlaßt. Wenn dadurch die Erledigung des sich gegen Forstreuter richtenden Ausschlußverfahrens in die Länge gezogen wird, so mag dieser sich bei seiner Berliner Fremdenbedanken, die ihm mit ihrem unqualifizierten Beschluß einen Bärendienst erwiesen haben.

Soviel zur Steuer der Wahrheit über den sogenannten Fall Forstreuter.

Tüchtige Handdrucker

stellen sofort ein
J. M. Müller Erben, Frankenberg i. Sa.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Moosmattstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Drefel in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.